



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/XI/95 - 24.4.1956

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 218 31-33
Fernschreiber 039 890

Hinweise auf den Inhalt:

Die CDU in Stuttgart	S. 1
Wahlen in Burma	S. 3
Partei Gründung der FDP-Dissidenten	S. 5
SPD-CSU-Vergleich aus Bayern	S. 6

Parteitag der Selbstprüfung

PR. Im November 1955 sollte der Parteitag der CDU stattfinden, der nun in wenigen Tagen in Stuttgart beginnt und über das kommende Wochenende hinaus dauern wird.

Der Kongress wurde damals wegen der Erkrankung Adenauers abgesagt. Heute ist der Vorsitzende der Partei, der durch die Jahre ihres Bestehens ihr unumstrittener, oft recht despotischer Herr war, nach vierwöchigem Urlaub - den er vier Tage vor dem Beginn des Parteitages beendete - "so frisch wie selten zuvor", versichert seine Umgebung. So wird Adenauer also jetzt sehr erholt vor die Delegierten seiner Partei treten, um vielleicht schon dadurch manche ihm geltenden Besorgnisse und Befürchtungen abzuschwächen und vielleicht zu beseitigen. Dies war der Zug einer klugen Regie.

Aber auch sie wird nicht verhindern können, dass dies der erste Jahreskongress in der jungen Geschichte der CDU ist, der entscheidend von der Frage nach der Dauer der weiteren politischen Aktivität des Kanzlers mitbestimmt werden wird, auch wenn man darüber kein Wort verlieren dürfte. Da hinzukommt, dass es aller Voraussicht nach der letzte Parteitag vor den nächsten Bundestagswahlen sein wird, kann man sich denken, was diese Tage in Stuttgart für die CDU bedeuten.

Die Position dieser allein führenden Staatspartei hat sich in den letzten Jahren ständig verschlechtert. Die Allmacht ist ihr schlecht bekommen. Zu den Rückschlägen bei den einzelnen Länderwahlen kamen schwere politische Niederlagen auch ausserhalb der Wahlvorgänge. So, um nur wenige Beispiele zu nennen, das Scheitern einer Politik, die -2-

durch "Stärke" die Wiedervereinigung erzwingen wollte; die Entscheidung der Saar für Deutschland und gegen eine Europäisierung unter französischem Vorzeichen, für die sich Adenauer wiederholt und am deutlichsten in seiner Bochumer Erklärung eingesetzt hatte; so schliesslich der am bittersten empfundene Schlag der Bildung einer Regierung in Düsseldorf aus Sozialdemokraten und Freien Demokraten. Die CDU und ihr Chef taten damals so, als ob damit das Ende der Demokratie in der Bundesrepublik und ihrer Wertschätzung in der ganzen westlichen Welt gekommen sei. "Aber solches Drohen mit dem grossen ausländischen Bruder, wenn bei einer innenpolitischen Rauferei nicht alles nach Wunsch geht, ist eine schlechte Angewohnheit", schrieb in jenen Tagen die Zürcher "Tat".

An dieser Rückentwicklung der CDU ist ohne Zweifel in erster Linie Adenauer selbst schuld, denn seit Jahren hat in allen wichtigen Fragen die CDU keine andere Politik getrieben als seine, wurde kein Schritt getan, den er nicht gebilligt hätte. So war es wirklich eine tollkühne Umkehrung der Wahrheit, als Adenauer am Tage seiner Düsseldorfer Niederlage in Bonn vor Zeitungsleuten erklärte, er sei nie für das berüchtigte Grabensystem gewesen, das der FDP enigmatisch die Augen über ihren Senior-Partner in der Regierung öffnete. Selbst die abgebrühtesten Journalisten bekamen damals nur mühsam ihren Mund wieder zu.

Warum kam es so? Der allzu hohen Selbsteinschätzung Adenauers entsprach schon lange nicht mehr die "taktische Meisterschaft", die man ihm solange, und oft auch in Kreisen seiner politischen Gegner, zugebilligt und die dazu geführt hatte, dass Fehler oft und relativ lange verborgen blieben oder einfach nicht geglaubt wurden. Wenn die CDU heute, flankiert nur von zwei recht dürftigen Satelliten, allein in den kommenden Wahlkampf ziehen muss, dann hat sie das zuletzt niemandem anderem als ihrem so hochgeehrten Führer zu verdanken, dem ein, gelinde gesagt, Übermass an Selbstbewusstsein und eine allzu gefügige Gefolgschaft den Blick für die Wirklichkeit immer mehr getrübt haben.

Seit Monaten ist man in der CDU auf der Suche nach einer Konstruktion, die den Nimbus Adenauers möglichst unbeschädigt lässt, ihr aber einen recht wirksamen brain trust, in welcher Form und Zusammensetzung immer, an die Seite gibt. Jüngere Leute sollen stärker mit Führungsaufgaben betraut, die Organisation soll gestrafft werden. Der Öffentlichkeit sind bereits inoffiziell Pläne darüber mitgeteilt worden, manches mag auch Kombination und Spekulation sein. Erst Stuttgart wird zeigen, was davon Wirklichkeit werden wird. Die Zeit der absoluten Vorherrschaft einer Partei aber geht in der Bundesrepublik unweigerlich ihrem Ende entgegen. Und das ist, wie viele Erfahrungen der jüngsten Vergangenheit gezeigt haben, gut so.

*

*

*

Eine Volksfront ohne Kommunisten

H.P. Ende dieses Monats finden die zweiten Parlamentswahlen in Burma seit der Erreichung der Unabhängigkeit im Jahre 1948 statt. Der Unterschied im politischen Klima zwischen den ersten Wahlen und den jetzigen ist allerdings beträchtlich. Damals, im Jahre 1951, war das Land zu grossen Teilen von Aufständischen besetzt, und einer der Hauptstreitpunkte in der Wahlkampagne war, welche Politik gegenüber den verschiedenen Aufständischen angewendet werden sollte. Die Aufständischen setzten sich aus verschiedenen Gruppen zusammen, aus Restbeständen der Armee Tschian Kai sheks, die nach Burma geflohen waren und das Land terrorisierten, ebenso wie aus chinesischen Partisanengruppen, die hofften, durch ihre militärischen Aktionen die burmesische Regierung zu Fall bringen zu können. Daneben gab es die Karen-Rebellen, die für ihre Provinz Selbständigkeit forderten und andere Stämme, die sich alle gegenseitig bekämpften und der jungen burmesischen Regierung viel zu schaffen machten.

Nun ist, von wenigen Partisanenkämpfen entlang der chinesischen Grenze abgesehen, der überwiegende Teil des Landes unter der Kontrolle der Regierung. Diese wird von einer Massenorganisation geführt, die sich die "Antifaschistische Volksfront" nennt (APFEL). Sie entstand im Kampf um die Befreiung des Landes gegen die japanischen Eindringlinge sowie gegen die Kolonialherrschaft Grossbritanniens. Die treibende Kraft in dieser Massenorganisation ist die zahlenmässig kleine, aber effektive sozialistische Partei Burmas. Sozialisten haben auch die wichtigsten Positionen in der Regierung inne. Zurzeit hat die antifaschistische Volksfront 87 % der Sitze im Parlament.

Trotz der für den Europäer seltsam anmutenden Zusammensetzung des Parlaments, wird von keiner Seite bezweifelt, dass die Opposition sich voll entfalten kann und keinerlei Druck von irgendwelchen Stellen unterliegt. Die Geschlossenheit der politischen Auffassung Burmas, wie sie sich in der überwiegenden Wahl für die Volksfront voraussichtlich wieder ausdrücken wird, ist nur durch die Entwicklung der letzten 10 Jahre zu erklären. Der Regierung ist es gelungen, das Land zu befrieden und auch die wirtschaftlichen Verhältnisse, vor allem im Vergleich zu seinen Nachbarn in Indien oder China, wesentlich zu verbessern. Diese Verbesserung war möglich durch eine unabhängige Aussenpolitik, die es dem Lande erlaubt, sich wirtschaftlich zu entfalten ohne grosse militärische - 4 -

Lasten auf sich nehmen zu müssen.

Neben der Innenpolitik wird auch bei den Wahlen das zukünftige Verhältnis zu den kommunistischen Aufständischen eine Rolle spielen. Die kommunistische Partei Burmas ist illegal, aber vor den Wahlen hat der burmesische Ministerpräsident U NU den Kommunisten ein bis zum 1. April befristetes Friedensangebot gemacht. Er versprach ihnen weitgehende Straffreiheit und Anerkennung als legale Partei, wenn sie sich entwaffnen lassen und den burmesischen Staat loyal anerkennen. Dieses Angebot wurde von der kommunistischen Partei offiziell abgelehnt; nur 150 kommunistische Aufständische haben ihren Kampf aufgegeben. Die Regierung wird daraus die Schlussfolgerung ziehen müssen, dass die kommunistische Interpretation der Ko-Existenz zumindest in Burma selbst, keine Glaubwürdigkeit erwarten kann. - Auch in Zukunft wird daher die Regierung gezwungen sein, mit militärischen Massnahmen gegen die Kommunisten vorzugehen.

* * *

Frants Hvass - sechzig Jahre

sp. Am 29. April wird der nach dem Päpstlichen Nuntius dienstälteste, der "zivile Doyen" des diplomatischen Korps in Bonn, Dänemarks Botschafter Frants Hvass, 60 Jahre alt. Diese Nachricht wird alle, die ihn kennen, oder ihn nur gesehen haben, verwundern, denn die hohe, schlanke Gestalt und die Farben seines markanten Kopfes sind die eines weit jüngeren Mannes. Der Tag wird aber auch seinen vielen privaten und beruflichen Freunden die Möglichkeit geben, sich in Erinnerung zu rufen, was sie - und die deutsch-nordischen Beziehungen nach dem Kriege - diesem persönlich anspruchslosen, aber unermüdlich tätigen, echten Diplomaten zu danken haben. Sein Haus in Köln-Marienburg ist Stätte vielseitiger und erspriesslicher Begegnungen im Geiste dänischer Gastfreundschaft. Die deutsche Sozialdemokratie fühlt sich diesem Vertreter eines fremden Landes besonders verbunden. Auch sie beglückwünscht ihn aus diesem Anlass aufrichtig als einen ausserordentlich wertvollen Vermittler deutsch-dänischen Verständnisses.

* * *

Der Sprung ins Ungewisse - die Antwort auf Würzburg

A.E. Bis zuletzt haben, nach den Worten des Vizekanzlers Blücher, die Rebellen innerhalb der FDP-Bundestagsfraktion gehofft, durch klärende Aussprachen in Würzburg den Bruch mit der Mutterpartei zu kitten. Die Landesverbände in ihrer Gesamtheit und die überwiegende Mehrheit der FDP haben sich diesem für sie nicht unerwarteten Verlangen versagt, in Würzburg erhob sich nicht eine einzige Stimme zugunsten der Dissidenten. Der Bruch ist nun vollkommen.

Die sechzehn abgesplitterten FDP-Abgeordneten einschliesslich der vier Bundesminister standen nun vor der Wahl, bedingungslos zu kapitulieren, in der CDU/CSU aufzugehen oder den Sprung ins Ungewisse mit einer Parteigründung zu wagen. Sie wagten den Sprung. Ob sie einigermaßen heil in der politischen Wirklichkeit landen werden, mag die Zukunft lehren. Die Etikette "Freie Volkspartei" dürfte wohl kaum den politischen Start erleichtern, denn dahinter verbirgt sich ein Programm, soweit man davon überhaupt sprechen kann, das sich nicht einmal in Nuancen von dem der CDU unterscheidet.

Auf den Dissidenten lastet das Odium, der verlängerte Arm des Kanzlers innerhalb der FDP zu sein. Das Rahmenprogramm, das am Montag in Bonn verkündet wurde, rechtfertigt eine solche Bezeichnung. Die Sterilität und Ausweglosigkeit der Bonner Aussenpolitik in Fragen der Wiedervereinigung führten mit dem Ausscheiden der FDP zum Zerfall der Koalition. Aber gerade die in ihren Grundlagen fraglich gewordene aussenpolitische Konzeption der CDU/CSU wird von den 16 Abgeordneten als Ausdruck ihres politischen Willens vorbehaltlos bejaht. Haben diese Abgeordneten damit nicht schon bei der neuen Parteigründung ihr politisches Todesurteil unterschrieben?

Die CDU/CSU scheitert heute an Karl dem Grossen. So wie jener sah sie die Grenzen Europas nur an der Elbe. Es ist jedoch nicht gut, die politischen Energien für ein Phantom zu verschwenden. Dieses politische Ideal der Errichtung eines Kleineuropas, in dem kein Platz für ein Viertel unseres Volkes war, lässt sich nicht verwirklichen. Die Geschichte tut uns nicht den Gefallen, uns aus der Verantwortung zu entlassen. Als mitentscheidende Faktoren für eine gesicherte deutsche Zukunft in Einheit und Freiheit haben wir nicht nur mit Paris und Washington, sondern auch mit Moskau zu rechnen. Die Lösung der deutschen Lebensfrage kann

nichtⁱⁿ einseitiger Anlehnung an den einen, westlichen Pfeiler erfolgen. Wir sind um unserer selbst willen verpflichtet, einen eigenen, für West und Ost annehmbaren Beitrag zu leisten; wer sich diesem versagt, bleibt in den Verstrickungen der Nachkriegszeit stecken.

Die FDP, die in Würzburg endgültig ihre Entscheidungsfreiheit, wenn auch unter schweren inneren Kämpfen, zurückgewonnen und ihr Gesicht der Zukunft zugewandt hat, ist auf dem Wege, sich als unabhängiger Faktor der deutschen Politik stärker zu etablieren und wieder Profil zu bekommen. Die Abtrünnigen aus ihren Reihen zeigten schon bei ihrem ersten Auftreten als Gerippe einer neuen Partei ihre Profillosigkeit.

So bleibt die Frage, was sie wohl bewegen kann, den Schritt über den Rubikon zu tun. War es ein Kanzlergebot? Als Mitglieder oder Hospitanten der CDU/CSU besaßen die Abtrünnigen für die Kanzlerpartei keinen Wert; als mögliches Auffangbecken für kleine Teile der FDP und für jene Wählerschicht, die sich für keine der bestehenden drei grossen demokratischen Parteien entscheiden kann, haben sie, vom Kanzler aus gesehen, gewiss einigen Nutzen. Satelliten haben es freilich auch in sich, dass von ihnen keine Anziehungskraft ausstrahlt. Gewiss aber ist diese neue politische Gruppe gedacht als ein herrendes Element in dem Prozess der Klärung, in dem sich die deutsche Politik befindet und bei dem, wie alle bisherigen Gemeinde- und Landtagswahlen bewiesen, die Kanzlerpartei viele Federn lassen muss.

* * *

Sinkende und steigende Kurve

Über die Entwicklung des Stärkeverhältnisses von SPD und CSU in Bayern unterrichtet eine Veröffentlichung in der Sozialdemokratischen Presse-Korrespondenz des Landesverbandes Bayern, der wir folgende Hinweise entnehmen:

"In Bayern verwirtschaftete die CSU innerhalb eines Jahres von 1953/54 den Kredit von 582.000 Wählerstimmen (Bundestagswahl 1953 = 2,427.000, Landtagswahl 1954 = 1,845.000). Auch von der Landtagswahl 1954 bis zu den Kommunalwahlen 1956 hat die CSU in Bayern wiederum 200.000 Stimmen verloren. Im Zahlenbild ausgedrückt:

CSU-Stimmen in Bayern:

1953	2,427.000
1954	1,845.000
1956	1,689.000

SPD-Stimmen in Bayern:

1953	1,184.000
1954	1,367.000
1956	1,425.000

* * *

Verantwortlich: Peter Raunau